

Das Grundmuster, nach dem sich die Wählerschaft der Bundesrepublik unterteilen läßt, zeigt die konfessionell gebundenen Bevölkerungsanteile, unter ihnen vor allem die Katholiken einerseits und das Milieu der gewerkschaftlich geprägten Arbeitnehmerschaft auf der anderen Seite der Wählerschaft. Wie in der Vergangenheit, so wird sich auch bei zukünftigen Wahlen Erfolg oder Niederlage von der Bewegung zwischen diesen beiden Polen der Wahlbevölkerung herleiten. Für die Kirchen bedeutet dies, daß ihre oft diskutierte Stellung im Bewußtsein der Öffentlichkeit nicht allein eine Frage der religiösen Bindungen in der Bevölkerung ist. Kirchliche Bindungen werden durch konfessionell geprägte Wähler zu einem Politikum hohen Ausmaßes. *Dieter Oberndörfer*

## Anmerkungen:

<sup>1</sup>Benutzt wurden Umfragedaten des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung aus den Jahren 1972–1976 sowie Daten, die in folgenden Aufsätzen publiziert wurden:

- Berger, M./Gibarski W./Roth D./Schulte W.: Die BTW 1976. Politik und Sozialstruktur oder: wider die falsche Einheit der Wahlforschung.: Zeitschrift für Parlamentsfragen 8 (1977), S. 197
- Kaase, Max: Die BTW 1972: Probleme und Analysen, in: Politische Vierteljahresschrift 14 (1973), S. 145 ff.
- Pappi, Franz U.: Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahresschrift 14 (1973) S. 191 ff.

Ferner wurden die Ergebnisse von Aggregatdatenanalysen herangezogen, die an meinem Lehrstuhl, insbesondere von G. Mielke, durchgeführt wurden.

<sup>2</sup>Die Daten über 1976 stützen sich auf Schätzungen auf der Grundlage der in den offiziellen Veröffentlichungen des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes sich bis 1975 abzeichnenden Tendenz.

## Zur Integration der Spätaussiedler

### Situation, Probleme, Hilfen

In den Jahren 1950 bis 1976 wurden ca. 850 000 Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen. Als erste Aufnahmeinstanzen fungierten dabei die beiden Grenzdurchgangslager Friedland und Nürnberg. Die Aussiedler sind als Sondergruppe der Vertriebenen im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes § 1 Abs. 2 Ziff. 3 zu verstehen, wonach als Vertriebener auch derjenige gilt, der nach Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden Gebiete verlassen hat oder verläßt. In den letzten Jahren wurde zunehmend die Bezeichnung „Spätaussiedler“ oder „Übersiedler“ üblich, die eine Personengruppe beschrieb, die im Anschluß an die Ostverträge 1967 bzw. 1970 in die Bundesrepublik kam. Die Statistiken der letzten Jahre lassen die Vermutung zu, daß die Zahl der Aus- bzw. Übersiedler ständig ansteigt.

### Gründe für die Aussiedlung

Während im Jahre 1976 insgesamt 44 402 Aussiedler in der Bundesrepublik aufgenommen wurden, betrug die Zahl im Jahre 1977 bereits 54 256.

Davon kamen:

aus dem polnischen Bereich	32 861	(60,6%)
aus Rumänien	10 989	(20,3%)
aus dem sowjetischen Bereich	9 274	(17,1%)
aus der Tschechoslowakei	612	(1,1%)
aus Jugoslawien	237	(0,4%)
aus Ungarn	189	(0,3%)
aus den übrigen Herkunftsgebieten (einschließlich Vertriebene aus dem freien Ausland)	94	(0,2%)
	<hr/>	
	54 256	(100,0%)

Die Altersgruppierung der 1977 Ausgesiedelten ergibt folgendes Bild:

0 bis 6 Jahre	3 442	(6,3%)
6 bis 18 Jahre	12 438	(23,0%)
18 bis 25 Jahre	7 098	(13,1%)
25 bis 45 Jahre	16 549	(30,5%)
45 bis 65 Jahre	10 002	(18,4%)
über 65 Jahre	4 727	(8,7%)
	<hr/>	
	54 256	(100,0%)

Die Verteilung der Aussiedler auf die einzelnen Bundesländer sah 1977 so aus (Die Gesamtzahl weicht von der der aufgenommenen Aussiedler geringfügig ab):

Nordrhein-Westfalen	22 148	(41,3%)
Baden-Württemberg	9 449	(17,6%)
Bayern	7 443	(13,9%)
Hessen	4 504	(8,4%)
Niedersachsen	4 244	(7,9%)
Rheinland-Pfalz	2 202	(4,1%)
Hamburg	1 041	(1,9%)
Berlin	885	(1,6%)
Schleswig-Holstein	599	(1,1%)
Saarland	571	(1,1%)
Bremen	565	(1,1%)
	<hr/>	
	53 651	(100,0%)

Konfessionell waren die Aussiedler zu 71,2% katholisch, zu 27,0% evangelisch und zu 1,8% sonstige.

Die Gründe für die Aussiedlung sind differenziert zu sehen:

- Die Deutschen, die im Osten leben, empfinden die ehemals deutschen Gebiete nicht mehr als ihre Heimat, weil sie inmitten eines fremden Volkes leben. Sie wollen als Deutsche zusammen mit Deutschen leben.



- Viele Familien sind nach dem Krieg auseinandergerissen worden, so daß die in Osteuropa Verbliebenen nach Deutschland auswandern wollen, um mit ihren Familienangehörigen zusammenleben zu können.
- Weiterhin können wirtschaftliche Motive eine Rolle spielen. Die Aussiedler wollen ihre Lebensverhältnisse verbessern, sie geben aber zunächst eine Existenzgrundlage auf und wissen nicht, ob sie sich in der Bundesrepublik wirklich eine bessere aufbauen können.
- Die Jugendlichen haben, wie die Statistiken zeigten, einen hohen Anteil unter den Aussiedlern. Häufig ist es aber so, daß die Jugendlichen widerwillig mit ihren Eltern auswandern, weil sie keine Beziehung mehr zu den Deutschen in Deutschland haben. Für sie ist das Gebiet, in dem sie vor der Aussiedlung lebten, Heimat.

### Integrationsprobleme in der Bundesrepublik

Nach der Aussiedlung werden Aussiedler in der Bundesrepublik mit vielen Sorgen und Schwierigkeiten konfrontiert. Einige Schwierigkeiten sind ihnen sicherlich vor ihrer Umsiedlung bewußt, aber es ist unwahrscheinlich, daß sie mit einer Überfülle von vielschichtigen Problemen rechnen, wie sie sie in Deutschland erwartet. Nach ihrer Aussiedlung werden die Umsiedler in den Bundesgrenzlagern untergebracht, dann in den Landesdurchgangslagern und zuletzt teilweise in den kommunalen Übergangsheimen, die häufig den Charakter einer Notunterkunft haben. Sobald sie in den kommunalen Übergangsheimen einquartiert sind, beginnt für sie die Wohnungssuche. Die Schwierigkeiten der Wohnungssuche bestehen darin, daß die Umsiedler sich an solche Orte drängen, wo sie Verwandte oder Freunde haben, die sie zum psychischen Stützpunkt für den Neubeginn wählen. So erstreckt sich die Neuansiedlung zum Teil auf industrielle Großräume. Das Angebot der meist kleineren Städte und Gemeinden, die Wohnungen und auch Arbeitsplätze für die Aussiedler anbieten, bleibt oft ungenutzt, weil sie an den von ihnen gewählten Ort ziehen wollen. Die Wohnungssuche wird auch dadurch erschwert, daß sie nicht genügend finanzielle Mittel haben, um eine Wohnung zu bezahlen, die ihren Vorstellungen entsprechen würde.

Die finanzielle Notlage der Aussiedler ist häufig dadurch bedingt, daß sie über längere Zeit auf Arbeitsplatzsuche sind, daß sie für diesen Zeitraum zu wenig Mittel haben und die finanzielle Unterstützung der Bundesregierung sehr begrenzt ist. Sie zahlt für jeden Umsiedler ein Begrüßungsgeld in Höhe von 150,00 DM (Personen unter 18 Jahren 75,00 DM), ein Überbrückungsgeld in Höhe von 30,00 DM für den Haushaltsvorstand und 15,00 DM für jedes weitere Familienmitglied. Weiterhin wird nach Bedarf Arbeitslosenunterstützung gewährt. Außerdem hat sich die Bundesregierung in letzter Zeit bemüht, die Subventionen für die Integration der Aussiedler zu erhöhen, z. B. durch Erhöhung der Subventionen für den Aussiedlerwohnungsbau oder die Erhöhung der zinslosen Gewährung von Einrichtungsdarlehen.

Die Arbeitssuche wird besonders durch die *Arbeitsmarktlage* in der Bundesrepublik beeinträchtigt. Bei über einer Million Arbeitslosen wird die Arbeitskraft der Aussiedler nicht unbedingt benötigt. Es könnte eine Konsequenz sein, daß sich bei der einheimischen Bevölkerung Mißtrauen und Ressentiments auftun, weil sie in den Aussiedlern „lästige“ Konkurrenten sehen. Der Einstieg in die gewohnte oder gewünschte Berufstätigkeit ist zudem nicht leicht, weil hohe Anforderungen an die berufliche Qualität gestellt werden. Häufig ist Umschulung notwendig. Diese aber scheuen viele, weil sie möglichst schnell verdienen möchten, um zu einer Existenzbasis zu kommen. Meist nehmen sie in solchen Situationen Hilfsarbeiten an und geraten so ungewollt über eine längere Zeit in finanziell besonders leistungsschwache Gruppen.

Ein anderes Problem der Aussiedler ist der *Mangel an gesellschaftlichen Beziehungen*. Da sie zum Teil zunächst in kommunalen Übergangwohnheimen wohnen müssen, in denen Angehörige von Randgruppen untergebracht sind, z. B. Ausländer oder Obdachlose, werden sie selbst schon aufgrund ihrer Unterbringung in die Position einer Randgruppe gedrängt. Wer provisorisch im Lager, in der Notunterkunft untergebracht ist, trägt den Stempel der Asozialität. Es lassen sich somit nur schwer menschliche Kontakte finden, weil *Vorurteile* gegenüber den Aussiedlern bestehen, speziell gegenüber den Aussiedlern aus Polen. Außerdem haben die in der Bundesrepublik lebenden Bürger teilweise nicht mehr das ausgeprägte *Nationalitätsbewußtsein*, das die Umsiedler nach dem Krieg bewahrt haben.

Die aus dem Osten übergesiedelten Bürger stammen größtenteils aus einem Milieu, in dem alte, bäuerliche *Lebensgewohnheiten* vorherrschen, auch dies gilt hauptsächlich für die polnischen Aussiedler. In diesem Milieu sind die sozialen Kontakte sehr eng: allgemeine Herzlichkeit, Hilfsbereitschaft und Anteilnahme. Dieses Gemeinschaftsgefühl vermissen die Aussiedler in der Bundesrepublik. Die sozialen Kontakte in der Bundesrepublik sind im allgemeinen nicht so intensiv. Man mag es als Defizit der Leistungsgesellschaft betrachten, in der auch die „Einheimischen“ untereinander Kontaktschwierigkeiten haben. Die Aussiedler sind von diesem Problem doppelt betroffen, weil sie sich zugleich und zudem als Außenseiter abgestempelt sehen.

### Besondere Schwierigkeiten Jugendlicher

Hinzu kommt, daß sie nach dem Krieg eine *andere politische Entwicklung* mitgemacht haben als die Bewohner der Bundesrepublik. Sie sind in einem anderen Gesellschaftssystem aufgewachsen, das andere Anforderungen an sie gestellt hat. Wir leben in einer Leistungsgesellschaft, in einer Konsumgesellschaft, in einer Gesellschaft des freien Wettbewerbs. All dies sind Phänomene, die die Aussiedler so nicht kennen und mit denen sie erst vertraut werden müssen. Sie müssen sich oft erst mit Hilfe einheimischer Bürger an die soziale Marktwirtschaft gewöhnen.



Und schließlich: Unter den Spätaussiedlern gibt es viele, die kaum oder gar nicht die deutsche Sprache beherrschen. Die Sprachschwierigkeiten sind auf mehreren Gebieten Hindernisse für die Umsiedler, z. B. bei der Kontaktaufnahme mit anderen Menschen, bei der Berufsauswahl oder bei der Schulbildung der Jugendlichen. Die Bundesregierung hat die Verordnung über die Teilnahme an Deutsch-Lehrgängen für Aussiedler in jüngster Zeit erneuert. In einigen Bundesländern wird seit einiger Zeit eine spezifische Form dieser Lehrgänge praktiziert: Jugendliche werden in Internaten untergebracht und dort in Intensivkursen in Deutsch unterrichtet. In der Regel dauern diese Kurse sieben bis acht Monate. Es gibt auch Vereinbarungen zwischen der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit über die Förderung von Deutsch-Lehrgängen für nicht erwerbstätige Hausfrauen und Rentner. Dazu ist aber zu sagen, daß diese Lehrgänge von den Betroffenen, speziell den Hausfrauen, aus folgenden Gründen kaum wahrgenommen werden: sie haben keine Beaufsichtigung während der Lehrgangszeit für ihre Kinder; sie haben nicht die finanziellen Mittel, sich eine Haushaltshilfe vor allem für die Beaufsichtigung der Kinder zu leisten.

Die bisher genannten Probleme stellen sich für die Erwachsenen und die Jugendlichen gleichermaßen. Für die *Jugendlichen* stellen sich jedoch noch eine Reihe Sonderprobleme. Es ist auch anzunehmen, daß die Probleme, die Erwachsene sowie Jugendliche gleichermaßen betreffen, bei den Jugendlichen gravierendere Schäden verursachen als bei den Erwachsenen. Für die erwachsene Generation ist die Übersiedlung in den Westen u. U. die Erfüllung ihrer jahrelangen Wünsche. Die Jugendlichen erleben die Aussiedlung meist anders, sie gehen teilweise nur auf Wunsch ihrer Eltern mit oder aus „Abenteuerlust“. Die Umsiedlung in ein fremdes Land bedeutet für sie die Zerstörung einer gewohnten sozialen Umwelt, gleich ob die Aussiedlung gewollt oder ungewollt ist. Die Aussiedlung greift gravierend in ihre Entwicklung ein und verändert ihr Leben entscheidend:

Wegen der fehlenden deutschen Sprachkenntnisse kommt oft *keine Interaktion mit Gleichaltrigen* zustande. Es besteht die Gefahr der Diskriminierung. Jugendliche werden häufig wegen ihrer Aussprache ausgelacht; sie müssen ihre *schulische oder berufliche Ausbildung* unterbrechen, sie finden schwer Anschluß in den Schulen, wo unterklassige Einstufung droht, in den Betrieben fehlt die gewohnte Chancengleichheit, mitgebrachte berufliche Fähigkeiten reichen zuweilen nicht aus, weil sie den hiesigen Anforderungen nicht genügen; sie sind zum *gesellschaftlichen Randdasein* prädestiniert, weil ihre Eltern nicht selten wirtschaftlich schlechter gestellt sind.

*Folgeerscheinungen* dieser Probleme, die bei den Jugendlichen auftreten können, sind beispielsweise: das Gefühl der Ungeborgenheit. Die Unterbringung in Übergangswohnheimen deklassiert und schafft nicht immer Geborgenheit; die fehlende Kommunikation mit Gleichaltrigen erweckt Einsamkeit und die Sehnsucht nach der alten Heimat; ihre Fähigkeiten bleiben oft ohne Anerkennung. Dadurch werden sie unsicher, leiden an Minderwertigkeits-

komplexen, erleiden Angstzustände, neigen zu Depressionen.

## Die bestehenden Hilfen besser koordinieren

Die *Bundesregierung* hat ein *Programm für die Eingliederung* der Aussiedler entworfen. Dieses Programm beschränkt sich aber fast ausschließlich auf die finanzielle Unterstützung für die Aussiedler, z. B. auf Begrüßungsgelder, Überbrückungsgelder, Arbeitslosengeld, Arbeitsaufnahme, Zuschüsse für die Erleichterung der Arbeitsaufnahme oder Zuschüsse für den Aussiedlerwohnungsbau etc. Die Subventionen, die der Staat für die Aussiedler leistet, sind erheblich, aber es ist erforderlich, daß der Einsatz und die Höhe der Subventionen ständig überprüft und erneuert und der neuen Situation und dem jeweiligen Lebensstandard angepaßt werden. Die finanziellen Spritzen des Staates sollen den Aussiedlern eine bessere Startposition verschaffen. Aber mit der finanziellen Hilfe des Staates ist die Eingliederung längst nicht vollzogen, die Subventionen sind nur erste Schritte. Die eigentliche Integrationsarbeit kann nur die Bevölkerung leisten. Vielen sind die Schwierigkeiten nicht bewußt, weil sie selten oder gar nicht mit Aussiedlern zu tun haben. Darum ist die Information ein wesentliches Element bei der Integration. Durch Informationsarbeit sollen möglichst viele Bürger auf die Probleme der Aussiedler aufmerksam gemacht werden, und es sollen den Bürgern Möglichkeiten angeboten werden, wie sie den Umsiedlern helfen können. Weiterhin können Informationsschriften Auskunft darüber geben, was bereits getan wird, um den Aussiedlern zu helfen.

Von entscheidender Bedeutung für die Sozialisation ist jedoch die gezielte *Arbeit der Wohlfahrtsverbände und integrationsfördernder Institutionen*. Neben den erwähnten Finanzleistungen bemühen sich neben den 6 freien Wohlfahrtsverbänden (DRK, Caritas, Diakonisches Werk, AW, DPWV, Zentraler Wohlfahrtsverband der Juden in Deutschland) auch andere Institutionen und Verbände (z. B. Jugendaufbauwerk, Rotary Club, Lions-Club) um die Aussiedler.

Die *Förderschulen*, denen meist Internate angeschlossen sind, stehen vorwiegend in der Trägerschaft kirchlicher Wohlfahrtsverbände. In der Bundesrepublik arbeiten zur Zeit etwa 90 Beratungsstellen der Caritas für die Eingliederung der Aussiedler, in denen ca. 100 hauptberufliche Mitarbeiter und etwa ebenso viele ehrenamtliche Mitarbeiter tätig sind. Ihr Dienst umfaßt die Beratung der Aussiedler und die Vermittlung notwendiger Hilfen. Die Hilfen erstrecken sich u. a. auf den Umgang mit Behörden, auf die Vermittlung von Gebrauchsgegenständen, Arbeitsplatzsuche, Vermittlung von Sprachkursen und schulischer Eingliederung, organisierter Freizeitangebote und Informationsveranstaltungen.

Im Hinblick auf die erwähnten Institutionen und Verbände ist aber festzustellen, daß die *Koordination* der Inte-



grationsmaßnahmen von behördlicher, verwaltungstechnischer und fürsorglicher Seite weitgehend unzureichend ist. Die Zersplitterung der Kompetenzen ist – wie auch in anderen Integrationsfeldern festzustellen ist – als restriktiv anzusehen und behindert die sicherlich allenthalben gewünschte rasche Eingliederung. Übergreifende Koordinationsstellen wären hier sicherlich vonnöten. Neben der Tätigkeit der staatlichen Stellen und der Organisation der freien Wohlfahrtspflege haben sich eine Reihe von Einzelinitiativen gebildet, für die stellvertretend hier nur vier genannt seien: An erster Stelle die 1976 von der Aktion Gemeinsinn gestartete Kampagne „*Starthilfe für Aussiedler*“. Die Aktion will das Interesse der Gesamtbevölkerung auf die Aussiedler lenken und für die Übernahme von Patenschaften werben. Ihre „*Starthelfer*“ werden mit keinerlei Organisationschema belastet, seiner Initiative sind keine Grenzen gesetzt. Sie sollen dem Aussiedler helfen, sich in den fremden Lebensverhältnissen zurechtzufinden. Sie kann behilflich sein beim Ausfüllen von Formularen, bei Behördengängen, bei der sprachlichen Verständigung, bei der rechtlichen Beratung der Aussiedler, bei Einkäufen.

Eine andere Möglichkeit, Aussiedlern zu helfen, wird in Hannover exerziert. Hier existiert ein *Freundeskreis für*

*Spätaussiedler*. Dieser Freundeskreis besteht aus freiwilligen Helfern, die sich der in der Stadt eintreffenden Aussiedler annehmen. Der Freundeskreis veranstaltet wöchentlich ein Treffen, bei dem die Aussiedler ihre Probleme vortragen können.

In den Jahren 1977 und 1978 startete die *Otto-Benecke-Stiftung*, die sich besonders der studierenden Aussiedler annimmt, an verschiedenen Tagen eine Aktion „*Aussiedler-Telefon*“. An bestimmten Tagen konnten Aussiedler Experten Fragen zu ihren speziellen Problemen stellen. Die Beteiligung an dieser Aktion war hoch. 1000 Fragen konnten direkt oder durch Weiterleitung an die entsprechenden Instanzen beantwortet werden.

Der 1957 gegründete Verein *Friedlandhilfe e. V.* stellt Aussiedlern erste Hilfen in Form von Kleidungsstücken und Gebrauchsgegenständen zur Verfügung. Geld- und Sachspenden wurden den Verbänden der freien Wohlfahrt zur Weiterleitung übergeben.

Ein Schwerpunkt zukünftiger Integrationshilfen dürfte mit Sicherheit die Koordination der verschiedenen Hilfsmaßnahmen sein. Darüber hinaus ist die persönliche Hilfe aus der Bevölkerung unerlässlich. Nur wenn es gelingt, nach der Umsiedlung auch eine humane Umwelt zu schaffen und zu gewährleisten, kann von einer erfolgreichen Integration gesprochen werden. *Norbert Schier*

## Was geschieht zwischen dem Vatikan und Moskau?

### Ostpolitik unter dem neuen Pontifikat

Seit der Wahl Johannes Pauls II. sind erst sieben Monate vergangen. Geschichtlich gesehen, ist dies eine kurze Frist. So ist bei einer Bewertung etwaiger Kurskorrekturen und Akzentverschiebungen im Verhältnis zu den kommunistischen Staaten gerade hinsichtlich ihrer langfristigen Wirkung zwar äußerste Vorsicht geboten, doch sind bereits jetzt einige beachtenswerte neue Elemente auf beiden Seiten erkennbar, die zumindest registriert werden sollten.

### Sowjetische Religionspolitik: innen- und außenpolitisch

Wenn man das Verhältnis kommunistischer Partei- und Staatsführungen gegenüber dem Vatikan und der katholischen Kirche beurteilen will, so sollte man zwischen verschiedenen Beziehungsfeldern unterscheiden, die zwar voneinander abgegrenzt sind, sich jedoch teilweise auch überlagern:

– Im Bereich der auswärtigen Beziehungen glauben die kommunistischen Staaten, insbesondere die Sowjet-

union, in der katholischen Weltkirche einen wohlwollenden Partner im Feld ihrer Friedens- und Abrüstungspolitik sowie in der Einstellung zur Dritten Welt zu haben. Während Stalin noch nach den „*Divisionen*“ des Papstes fragte, haben Chruschtschow und Breschnew den Stellenwert des Vatikans als moralische Autorität für wichtige Bereiche der Außenpolitik erkannt und genutzt.

- Innenpolitisch gelten in den kommunistischen Staaten die Kirchen als völlige Fremdkörper. Sofern sie sich nicht betont loyal verhalten, werden sie sogar als latentes Sicherheitsrisiko angesehen. Die Zeiten, in denen die katholische Kirche jedoch als Fünfte Kolonne bzw. die Kirchen als „*letzter organisierter Feind*“ von kommunistischen Machthabern angesehen und dementsprechend behandelt wurden, scheinen allerdings vorbei zu sein. Jede Ausweitung kirchlichen Einflusses wird jedoch mit Entschiedenheit abgewehrt.
- Da man die Vorstellung, Religion und Kirche in absehbarer Zeit zum Absterben bringen zu können, notgedrungen still hat fallen lassen müssen, ist man im Interesse der inneren Konsolidierung kommunistischer Ge-